



Newsletter vom 23. März 2025

Inhalt

Es mangelt am Willen, Schulreformen zu überprüfen.....	2
21. März 2025, Hanspeter Amstutz	2
Bildung im Blindflug?.....	3
Journal 21, 17. März 2025, Carl Bossard	3
Allianz aus SVP, FDP und GLP will Förderklassen	5
NZZ, 17. März 2025, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach	5
Kommission für Bildung bejaht Förderklassen.....	7
Tages-Anzeiger, 17. März 2025, Zürich	7
Der Wechsel in die Förderklasse soll einfacher werden.....	7
20 Minuten, 14. März 2025	7
Die Zukunft der integrativen Schule	8
NZZ, 19. März 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief	8
Wieder mehr Leistung und Ruhe in den Klassenzimmern.....	8
NZZ, 12. März 2025, Schweiz, Sebastian Briellmann	8
Die Gymiprüfung ist viel besser als ihr Ruf	10
NZZ, 21. März 2025, Meinung & Debatte, Robin Schwarzenbach.....	10
Mehr Deutsch statt Frühfranzösisch.....	12
Wiler Nachrichten, 6. März 2025.....	12
Lieber mehr Geschichte und weniger Französisch.....	14
NZZ, 12. März 2025, Zürich und Region, Giorgio Scherrer.....	14
«Mit ihm stirbt ein spezifisches Stück Literatur»	16
NZZ, 18. März 2025, Feuilleton	16



Es mangelt am Willen, Schulreformen zu überprüfen

21. März 2025, Hanspeter Amstutz

Seit bald zwanzig Jahren wird am integrativen Schulmodell herumgeschraubt und umgebaut, doch ein erfolgreicher Durchbruch ist noch immer nicht in Sicht. Laufend werden von Dozenten der Hochschule für Heilpädagogik (HfH) neue Ideen verkündet, wie integrative Schule gelingen könnte. Ein Hauptmerkmal dieser Botschaften ist die wiederholte Forderung nach zusätzlichem Fachpersonal zur Unterstützung der Klassenlehrpersonen. Wer das Ganze bezahlen und woher die zusätzlichen Lehrkräfte kommen sollen, kümmert die Integrationsexperten jedoch kaum. Es erstaunt schon, welche utopische Vorstellungen als angeblich praktikable Lösungen angepriesen werden.

Bei Musterbeispielen gelungener Integration gilt es genauer hinzuschauen

Wenn in einer Klasse die Luxussituation besteht, dass stets zwei oder mehr Lehrpersonen im Unterrichtseinsatz sind, steigen natürlich die Chancen für ein Gelingen der Integration. Massiv störende Kinder können sofort beruhigt und speziell betreut werden, ohne dass die übrigen Schüler in der Klasse beim Lernen beeinträchtigt sind. Auch können in sozial wenig belasteten Klassen Kinder mit speziellem Betreuungsbedarf mit weniger Fachpersonal erfolgreich gefördert werden. Dies setzt allerdings voraus, dass keine Schüler mit extremen Verhaltensauffälligkeiten oder starken kognitiven Einschränkungen dabei sind. Die Musterbeispiele gelungener Integration decken nicht auf, wie mit ganz schwierigen Schülern der Schulalltag gemeistert werden muss. Wer sich näher erkundigt, stellt fest, dass genau diese Fälle die Grenzen des Integrationsmodells deutlich aufzeigen. Betroffene Lehrpersonen sprechen von einer unzumutbaren Belastung.

Die Bildungsverantwortlichen in den Erziehungsdirektionen und an der HfH verhindern mit ihrer kompromisslosen Haltung in der Integrationsfrage pragmatische Lösungen. Sie tun dies teils unter völliger Missachtung der Alltagserfahrungen unzähliger Lehrkräfte. Eine Vernehmlassung über eine Weiterentwicklung des Sonderpädagogischen Konzepts ist vor Jahren in den tiefsten Schubladen der Zürcher Bildungsdirektion verschwunden, nachdem die Rückmeldungen dem Integrationsmodell kein gutes Zeugnis ausgestellt hatten. Aber auch einige Lehrerorganisationen blocken ab, wenn es unangenehm wird. Sie schiessen Sperrfeuer mit einseitiger Argumentation und werben für Schulinseln, um eine Wiedereinführung von Förderklassen zu verhindern. Das letzte, was sie sich wünschen, sind verbindliche Mitgliederbefragungen zum genannten Thema.

Evaluationsstau bei den Schulreformen

Die Scheu, sich mit den Resultaten umstrittener Reformen auseinanderzusetzen, ist weit verbreitet in den pädagogischen Führungsgremien. Es ist eine eigentliche Verweigerungshaltung, die unserer Volksschule enormen Schaden zufügt. Längst hätte das Mehrsprachenkonzept der Primarschule schweizweit evaluiert werden müssen. Dort wo dies auf Initiative einiger Kantone bereits vor einigen Jahren geschah, war die Bilanz völlig ernüchternd. Die Französischkenntnisse der Sechstklässler waren desaströs, im Deutsch ging es weiter bergab und selbst im Englisch war der Vorsprung gegenüber den später Einsteigenden gering. In der Wirtschaft hätte man nach einer so schwachen Bilanz längst die Notbremse gezogen. Doch was geschieht im Bildungswesen? Es wird weggeschaut und Überprüfungen werden hinausgeschoben. Unbeirrt wird weiter kostbare Zeit und sehr viel Geld in Fehlkonzepten investiert.

In unserem Bildungswesen kommt es nach all den vielen umgesetzten Reformen immer mehr zu einem Evaluationsstau. Die teils grossen Investitionen in den digitalen Unterricht sollten auf den schulischen Erfolg hin überprüft werden. Das vielgepriesene Jahrhundertwerk des neuen Lehrplans mit seiner Überfülle an Kompetenzziele ruft nach einer vorgezogenen Evaluation. Und die Neuinterpretation des Berufsbilds vom Lehrer als Lernbegleiter muss endlich auf seine pädagogische Effizienz hin beurteilt werden. Es wartet anspruchsvolle Evaluationsarbeit, um eine erhellende Standortbestimmung bei der Schulentwicklung vornehmen zu können.



Die Politik muss sich wieder dem Kern der Volksschulbildung zuwenden

Carl Bossard zeigt sich in seinem Leitartikel besorgt über die eingeschlagene Richtung bei den Schulreformen. Er weist darauf hin, dass nicht ausufernde Planungsvorgaben, sondern das Unterrichtsgeschehen in den Klassen entscheidend für den Schulerfolg ist. Das Kernanliegen des guten Unterrichts muss wieder im Zentrum der bildungspolitischen Bemühungen stehen. Lehrpläne sind zu entschlacken, schiefe didaktische Theorien aus der Lehrerbildung sind zu korrigieren und die Erfahrungen aus der Schulpraxis sind viel stärker zu berücksichtigen als bisher. Das Ganze setzt einen neuen Dialog auf Augenhöhe zwischen Theorie und Praxis voraus.

Unsere Textsammlung umfasst mehrere Beiträge und Kommentare zur politisch heiss diskutierten Frage der Wiedereinführung von Förderklassen. Nachdem sich drei grosse bürgerliche Parteien bei diesem Thema klar positioniert haben, ist viel Bewegung in die Bildungspolitik gekommen. Die Zeit des Schönredens und des Aussitzens schulischer Herausforderungen scheint ein Ende zu nehmen. Davon kann die Schule nur profitieren. Aber wir stehen erst am Anfang eines spannenden Prozesses.

Den Abschluss unseres Newsletters bilden neben einer bemerkenswerten Analyse über faire Aufnahmeprüfungen ins Gymnasium zwei NZZ-Beiträge mit kulturellem Akzent. Leicht überrascht stellt dabei der Autor in seiner Umfrage fest, dass Maturandinnen und Maturanden lieber mehr Geschichts- als Französischunterricht hätten. Darüber lässt sich sicher bestens streiten. Der Respekt für Peter Bichsels Lebenswerk im letzten Beitrag ist hingegen unbestritten.

Wir freuen uns, wenn Sie von unseren hoch politischen Beiträgen profitieren können. Und natürlich schätzen wir jede Rückmeldung zu unserem Newsletter.

Hanspeter Amstutz

Bildung im Blindflug?

Journal 21, 17. März 2025, Carl Bossard

Er ist kein Mann der lauten Töne, der Bildungsforscher Stefan C. Wolter, doch er macht sich weithin hörbar Sorgen um die Lernleistungen der Schweizer Schüler. Sie seien deutlich schlechter geworden, und das Schlimme: Der Einbruch interessiere kaum jemanden. Ein Blick in die aktuelle Debatte.

Schule ist vor allem Unterricht. Und alles, was die Schule leisten soll, muss durch das Nadelöhr eines guten Unterrichts hindurch – und durch die Interaktion zwischen Lehrerin, Lehrer und der Schulklasse, den Kern der Schule. Es ist das pädagogische Dreieck zwischen Ausbilder-Schülerin-Unterrichtsinhalt. Hier drin, in diesem Resonanzraum, spielen sich die pädagogischen Kernelemente des Unterrichts, die Mikroprozesse des Lernens, ab. Hier entwickeln sich die individuellen und sozialen Bildungsprozesse. Hier entsteht die Ausbildungsqualität. Das wissen wir aus der Lern- und Unterrichtsforschung. Doch dieser Kern, das zielgerichtete Lernen, geht zunehmend vergessen.

Es sind die Grundkompetenzen!

Diesen Eindruck erhält, wer in den öffentlichen Diskurs um die aktuelle Schule hineinzoomt, beispielsweise in eine «Echo der Zeit»-Sendung über die «Schule für alle». Der integrative Unterricht wird im Moment landauf, landab heftig und kontrovers diskutiert, auch im SRF-Beitrag¹.

Das Schulmodell mit möglichst allen und ganz unterschiedlichen, auch verhaltensauffälligen Kindern in der Regelklasse kommt unter Druck. Nicht zuletzt auch wegen sinkender Lernleistungen:

¹ <https://www.srf.ch/audio/echo-der-zeit/die-integrative-schule-ist-unter-druck?partId=WXRfY6acKHhcuY-8dq8CCHIFQC4>



Ein Viertel der Schweizer Schulabgänger verfügt über keine adäquaten Kompetenzen in den Grundlagenfächern. Konkret: Sie können nicht genügend gut lesen, schreiben, rechnen. Viele sehen darum das Modell als gescheitert an und fordern eine schnelle Abkehr und die Rückkehr zu Kleinklassen. Eine bürgerliche Mehrheit im Zürcher Kantonsrat verlangte Anfang März von der Bildungsdirektion eine Kurskorrektur. «Das System der totalen Integration muss hinterfragt werden, bevor es zusammenkracht», so der Motionär Christoph Ziegler, Lehrer und GLP-Politiker. Und dezidiert fügte er bei: «Kleinklassen müssen wieder eine echte Option sein.»²

Dogma kontra Realität

Eine solche Kehrtwende kommt für die Gegenseite nicht in Frage. Für die SP ist die integrative Schule alternativlos, wie auch ihr Parteitag in Brig von Ende Februar gezeigt hat. Für viele bedeutet sie gar ein Menschenrecht. Ein Zurück gibt es darum nicht. Dazu die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner wörtlich: «Der integrative Unterricht ist für mich kein Projekt, sondern ein Menschenrecht.»³ So wird Inklusion zum Dogma; es will die schwierige Realität in vielen Klassenzimmern schlicht nicht anerkennen.

Die konkrete Situation im pädagogischen Alltag und die Folgen der verstärkten Integration debattierten in der SRF-Sendung die Zürcher FDP-Gemeinderätin Yasmine Bourgeois und die SP-Nationalrätin Simona Brizzi. Die Aargauer SP-Politikerin betonte die Schule für alle und die Chancengleichheit. Allerdings sei das ein ambitiöses Ziel und der Weg äusserst anspruchsvoll. Es gäbe viele Beispiele, dass Integration gelingen könne. Konkret nannte sie die Schule Spreitenbach. Es brauche aber weiterhin Geduld und vor allem mehr Ressourcen.

Das Schulsystem braucht eine Korrektur

Einen frappanten Kontrast formulierte die berufserfahrene Pädagogin Yasmine Bourgeois. Für sie hat sich der integrative Unterricht zu wenig bewährt. Er benachteilige lernschwächere Kinder und behindere den Regelunterricht. Dazu komme der hohe Koordinationsaufwand unter den vielen, oft bis zu zehn Betreuungspersonen pro Klasse. Sie sprach vom enormen Administrationsaufwand und der grossen Unruhe im Schulzimmer durch den ständigen Wechsel und die Verantwortungsdiffusion zwischen den involvierten Lehrkräften.

Das System könne, so Bourgeois' Fazit, die Ansprüche nicht erfüllen. Die Probleme seien dermassen gravierend, dass es dringend einer Korrektur bedürfe.

Wenn die Organisation dominiert

Es ist fürs Lernen konstitutiv und sei darum wiederholt: Alles, was die Schule leisten soll, muss durch das Nadelöhr eines guten und konzentrierten Unterrichts hindurch – und durch die Interaktion zwischen Lehrperson und Schulklasse, den Kern der Schule. Doch dieser Kern ist gefährdet. Unruhe und Hektik wirken kontraproduktiv. Davon warnte Yasmine Bourgeois. Simona Rizzi, Dozentin an der PH Zürich, dagegen verteidigte das System mit Verve.

In Rizzas Optik stehen organisatorische Themen im Blickfeld und die Massnahmen, die «vor Ort gemacht würden». Gleich mehrmals kam sie auf die «Organisation vor Ort» zu sprechen. Was aber «vor Ort» genau getan wird oder getan werden sollte – nämlich gelernt, und das intensiv und zielgerichtet –, davon war keine Silbe zu vernehmen! Aus der Forschung aber wissen wir: Interaktion kommt in der Wirkung vor Organisation.

² Jigme Garne: Der Kanton sägt an der integrativen Schule. In: TagesAnzeiger, 04.03.2025, S. 19; vgl. auch: Giorgio Scherrer: «Wir haben die Probleme unterschätzt». Interview mit Christoph Ziegler, in: NZZ, 05.03.2025, S. 12

³ Nils Pfändler, Lena Schenkel: «Ich glaube nicht an Visionen für die Zukunft der Schule». Interview mit Silvia Steiner, in: NZZ, 28.01.2019, S. 15



Wenn das Lernen in den Hintergrund rückt

Das Lernen der Schülerinnen und Schüler ist im aktuellen Diskurs um eine gute Schule zum Fremdwort geworden. Da war von Absprachen die Rede und von mehr Ressourcen, von Rollenaufteilung und Flexibilität: lauter Oberflächenmerkmale! Nur eines kam nicht zur Sprache: das Gestalten qualitativ anspruchsvoller Bildungs- und Lernprozesse. Das Verstehen, das gemeinsame und individuelle Üben und Festigen, das Abrufen und Anwenden des Gelernten, darüber wurde heftig geschwiegen: Doch es wäre das, was nachhaltiges Lernen ausmacht.

Dieses Wegschauen vom Eigentlichen und Wesentlichen in Schule und Unterricht hat mit dem «Blindflug» unseres Unterrichtswesens zu tun, von dem der Bildungsforscher Stefan Wolter, Universität Bern, kürzlich in der NZZ gesprochen hat. Er führe in unseren Schulen zu nachlassenden Lernergebnissen oder wörtlich: zu «schlechteren Leistungen». Und Wolter resümierte: «Alle stehen sich aus der Verantwortung.»⁴

Die schleichende Erosion der Ausbildungsqualität in einem der teuersten Bildungssysteme der Welt ist eine Tatsache. Das zeigen Daten und Vergleichstests. Wann endlich erwachen die bildungspolitischen Schlafwandler?

Allianz aus SVP, FDP und GLP will Förderklassen

NZZ, 17. März 2025, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach

Behindertenverbände lancieren eine eigene Initiative – die Debatte zur Zukunft der integrativen Schule dürfte spannend werden

Die Förderklasseninitiative der Stadtzürcher Gemeinderätin und Schulleiterin Yasmine Bourgeois (FDP) sowie von Vertretern von SVP und GLP hat eine weitere Hürde genommen. Die Kommission für Bildung und Kultur des Kantonsrats hat sich dafür ausgesprochen, das Volksbegehren ohne Gegenvorschlag umzusetzen. Der Entscheid fiel mit 8 zu 7 Stimmen denkbar knapp aus.

Die Initiative verlangt, dass verhaltensauffällige Schüler und solche mit einer Lernschwäche bei Bedarf in sogenannte Förderklassen eingeteilt werden können. Dies semesterweise und vorübergehend, wie Bourgeois und ihr Komitee betonen. Idealerweise befinden sich diese Lerngruppen im gleichen Schulhaus wie die Regelklassen, aus der die Kinder kommen und in die sie bei guter Entwicklung auch wieder zurückkehren sollen. Geführt werden sollen diese Kleinklassen von Heilpädagoginnen.

Ohne Zusatzkosten?

Das Konzept hat die Mehrheit der Kantonsratskommission überzeugt. Da die Förderklassen «möglichst im selben Schulhaus» unterrichtet werden sollen, würden Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen nicht aus ihrem Umfeld herausgerissen oder stigmatisiert. Die Massnahme sei regelmässig zu überprüfen, die Durchlässigkeit zwischen Förder- und Regelklassen sei zu gewährleisten. Die Initiative garantiere, dass die integrative Schulung erfolgreich bleibe, teilt die Kommissionmehrheit mit.

Die Grünliberalen betonen, dass es ein Instrument zwischen Regelklassen und Sonderschulen brauche. «Das sind die Förderklassen», sagt Christa Stünzi, die Fraktionspräsidentin der GLP. Sie und ihre Mitstreiter in der Bildungskommission halten die Initiative für praxistauglich. Auch wenn die Umsetzung «eventuell ein wenig Zeit» und «Flexibilität» brauchen werde, wie die Mehrheit der Kommission weiter mitteilt.

⁴ Sebastian Briellmann: «Wir sind im Blindflug». Interview mit Stefan Wolter, in: NZZ, 04.03.2025, S. 9



Die SVP sieht sich bestätigt. Das integrative System schade den Kindern, den Lehrern und der Bildung insgesamt, schreibt die Partei in einem Communiqué. «Zum Glück haben das inzwischen auch die FDP und die GLP gemerkt.» Der Parteipräsident Domenik Ledergerber betont: «Es kann nicht sein, dass die grosse Mehrheit vergessengeht, weil ein paar Schüler so viel Energie und Ressourcen beanspruchen.»

Das Vorhaben der Initianten ist ambitioniert: Es soll keine zusätzlichen Kosten verursachen. Heilpädagoginnen, die für den Unterricht in Förderklassen benötigt würden, sollen aus den Regelklassen abgezogen werden. Die Mehrheit der Kommission (SVP, FDP, GLP) traut es Lehrerinnen und Lehrern zu, eine solche Regelklasse ohne Heilpädagoginnen zu führen.

Die Minderheit sieht das anders. «Die Regelklassen würden durch den Abzug des heilpädagogisch geschulten Personals geschwächt», halten Vertreter der SP, der Grünen, der EVP und der Mitte fest. Kathrin Wydler (Mitte) betont, dass zum Beispiel Kinder und Jugendliche mit einer leichten Dyskalkulie oder einer Lese- oder Schreibschwäche weiterhin auf gezielte Unterstützung in ihren Klassen angewiesen wären. «Kostenneutral ist die Initiative nicht zu haben», sagt Wydler. Das zeige sich bereits heute: Gemeinden könnten Kleinklassen einrichten, wenn sie wollten. «Aber das machen nur wenige.» Es fehle an Ressourcen, Schulräumen und an ausgebildeten Pädagoginnen und Pädagogen.

Die Mitte-Fraktion des Kantonsrats plädiert denn auch für den Gegenvorschlag ihrer Bildungsdirektorin Silvia Steiner: Statt Förderklassen sollten für besonders anspruchsvolle Kinder und Jugendliche sogenannte erweiterte Lernräume oder Schulinseln geschaffen werden. Das würde das System kurzfristig entlasten, sagt Wydler. Im Gegensatz zum Volksbegehren würden dafür zusätzliche Mittel bereitgestellt. Und die Gemeinden könnten weiterhin selber entscheiden. Die Initiative von Yasmine Bourgeois hingegen wolle die Gemeinden verpflichten, Kleinklassen zu führen. «Das ist nicht sinnvoll», findet Wydlers Partei. Ein Blick in den Initiativtext indes zeigt: Von einer Förderklassenpflicht ist keine Rede.

Entlastung der Gemeinden

Die SP lehnt die Initiative ebenfalls ab und bevorzugt den Gegenvorschlag der Regierung. «Schulinseln sollten von zusätzlichen Lehrerinnen, Sozialarbeitern oder Heilpädagoginnen geführt werden», sagt die Kantonsrätin Qëndresa Sadriu-Hoxha, die die Sozialdemokraten auch in der Bildungskommission vertritt. Diese Räume sollten als kurzfristige Auszeiten dienen. Den Ansatz, Förderklassen für ganze Semester einzurichten, lehnt die SP ab. Das schade dem Klassensystem und diene auch nicht den Lehrpersonen, sagt Sadriu-Hoxha.

Die Ausgangslage ist interessant: Die Gegner der Förderklasseninitiative wollen verhindern, dass das Anliegen vors Volk kommt. Sie setzen darauf, dass sich im Parlament der Gegenvorschlag von Silvia Steiner oder eine abgefederte Version der Initiative durchsetzen wird. Denn an der Urne dürfen sie es schwer haben: Umfragen zeigen, dass viele Zürcherinnen und Zürcher dem integrativen Unterricht gegenüber skeptisch sind – und eine Einführung von Kleinklassen für lernschwache und verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche begrüssen.

Widerstand gegen die Förderklasseninitiative kommt auch von Verbänden, die sich für Menschen mit einer Beeinträchtigung einsetzen. Pro Infirmis Zürich und weitere Organisationen haben kürzlich die Lancierung eines eigenen Volksbegehrens bekanntgegeben. Die «Initiative für eine integrative Schule» will Gemeinden administrativ entlasten: Bei Bedarf sollen sie direkt auf eine Kasse für integrative Massnahmen an ihren Schulen zugreifen können – anstatt beim Kanton jedes Mal einen aufwendigen Antrag stellen zu müssen. Laut Pro Infirmis steht das Volksbegehren kurz davor, vom Kanton geprüft zu werden. Danach könnten die Initianten mit der Unterschriftensammlung beginnen.



Kommission für Bildung bejaht Förderklassen

Tages-Anzeiger, 17. März 2025, Zürich

Initiative • Die kantonsrätliche Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) ist dafür, an Volksschulen wieder Förderklassen einzuführen, wie es die kantonale Förderklasseninitiative fordert.

Damit könne «in die heute unruhigen Klassenzimmer Ruhe einkehren», heisst es in einer Medienmitteilung. Die Klassenlehrpersonen könnten die Verantwortung für Kinder mit besonderem Förderbedarf für mindestens ein Semester abgeben, und die Kinder würden in der Förderklasse von heilpädagogisch geschultem Personal in kleinen Lerngruppen ihren Bedürfnissen entsprechend individuell gefördert.

Da der Unterricht möglichst im selben Schulhaus stattfinden soll, würden diese nicht aus ihrem gewohnten Umfeld herausgerissen und stigmatisiert, argumentiert die Kommissionsmehrheit. Auch die integrative Schulung an sich werde nicht infrage gestellt.

Hinter der Volksinitiative «Für eine Schule mit Zukunft - fördern statt überfordern» stehen Vertreterinnen und Vertreter von GLP, FDP und SVP. Sie sehen das heutige Modell, wonach grundsätzlich alle Schülerinnen und Schüler in Regelklassen unterrichtet werden, an seine Grenzen stossen. «Die Integration um jeden Preis hat versagt.»

Regierungsrätlicher Gegenvorschlag

Neben Lehrer-, Sonderpädagogik- und Elternverbänden sowie Schulleiterinnen und Schulleitern ist auch der Regierungsrat klar gegen die Initiative. Sie zielt auf einen Grundpfeiler der Volksschule, argumentiert die Regierung. Eine dauerhafte Separation wirke sich negativ auf junge Menschen aus.

Sie legt daher einen Gegenvorschlag vor. Dieser sieht mehr «erweiterte Lernräume» für auffällige und störende Kinder vor. Eine Minderheit der Kommission, bestehend aus Mitte, SP, Grünen und EVP, wolle dem Gegenvorschlag folgen, heisst es in der KBIK-Mitteilung. (lop/SDA)

Der Wechsel in die Förderklasse soll einfacher werden

20 Minuten, 14. März 2025

Die verantwortliche Kommission im Kantonsrat will die «Förderklasseninitiative» umsetzen.

In unruhige Schulzimmer soll Ruhe einkehren. Und Lehrpersonen sollen die Verantwortung für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf für mindestens ein Semester vollständig abgeben können. «Für eine Schule mit Zukunft – fördern statt überfordern» lautet der Titel der kantonalen Volksinitiative von GLP, FDP und SVP, die dies als Vorsatz hat. Eine knappe Mehrheit in der kantonsrätlichen Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) befürwortet die Initiative.

Die Initiative zielt darauf ab, Lehrpersonen zu entlasten und für ruhigere Schulzimmer zu sorgen. Sie verlangt, dass alle Schulkinder im Kanton Zürich Zugang zu heilpädagogisch geführten Förderklassen erhalten. Bei Bedarf sollen sie diese Klassen mindestens ein Semester lang besuchen können. Der Unterricht in kleinen Lerngruppen soll sich am Lehrplan orientieren und möglichst im gleichen Schulhaus stattfinden. Die Kinder sollen nicht aus ihrem gewohnten Umfeld herausgerissen werden und der Unterricht in Förderklassen soll auch nicht stigmatisiert werden. In den kleinen Gruppen soll auf die Ansprüche der Kinder eingegangen werden.

Die Minderheit in der Kommission argumentiert für den integrativen Unterricht: Er sei ein Grundpfeiler der Volksschule und beruhe auf Bundesrecht. Kinder für ein Semester oder mehr in eine Förderklasse zu schicken, sei nicht mit dem Bundesrecht zu vereinbaren. Die Regelklassen werden geschwächt, da das heilpädagogische Personal für die Förderklassen benötigt wird. CHP



Die Zukunft der integrativen Schule

NZZ, 19. März 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief

Eine ganze Reihe Gründe sprechen für die Rückkehr zum System mit kleinen Förderklassen. Am meisten Gewicht wird oft der Frage beigemessen, welche Auswirkungen integrierte Kinder auf den Unterrichtsablauf in der normalen Klasse haben. Bekanntlich leider nicht nur positive.

Ein anderer Punkt, dünkt mich, wird demgegenüber viel zu wenig erwähnt. Wie wirkt sich umgekehrt das Umfeld der Normalklasse auf die integrierten Kinder aus? Sind sie glücklich? Werden sie akzeptiert? Vermögen sie dem Unterricht zu folgen? Man weiss aus zahlreichen Berichten, dass dies alles oft nicht zutrifft.

Sie bleiben in diversen Belangen trotz Eingliederung auf ihre Art separiert. Und Kinder zum Beispiel, welche ständig stören, dürfen nicht auf freudige Akzeptanz bei den andern hoffen. Der normale Unterricht überfordert oft sowohl Kinder mit einer Lernschwäche als auch Verhaltensauffällige.

Es ist deshalb ein grosser Fehler, zu glauben, mit der Integration sei den betroffenen Kindern a priori gedient und man ver helfe ihnen dadurch zu einem freudigeren Dasein. Nur wird dieses zentrale Argument pro Kleinklasse vor lauter Theorie und Ideologie meist ignoriert.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Wieder mehr Leistung und Ruhe in den Klassenzimmern

NZZ, 12. März 2025, Schweiz, Sebastian Briellmann

Die integrative Schule wird von verschiedenen Seiten infrage gestellt – auch das Frühfranzösisch steht zur Diskussion

Was passiert da gerade in der Schweizer Bildungslandschaft, nach Jahrzehnten mit vielen Reformen, die zur Stärkung des Bildungssystems als alternativlos angesehen wurden – und deshalb ziemlich geräuschlos implementiert werden konnten? Nun wächst nicht nur der Widerstand, Änderungen sind tatsächlich wieder denkbar.

Es wächst die Einsicht, dass nicht jede Neuerung den erhofften Erfolg gebracht hat – auch wenn es stets gut gedacht gewesen ist. Kompakt zusammengefasst waren die Anliegen immer ähnlich: Für die Schüler sollte das System gerechter gemacht werden, damit jeder einzelne bestmögliche Chancen erhält.

Herausgekommen ist das Gegenteil, wie der Bildungsforscher Stefan Wolter im Interview mit der NZZ erläutert hat. Obschon die Schweiz so viel Geld in die Bildung investiere wie nie zuvor, seien die Kompetenzen im Land in diesem Jahrtausend nicht gestiegen. Das müsste aber zwingend der Fall sein. Wolter sagt: «Höhere Bildung sorgt für bessere Resultate. Das heisst nichts anderes als: De facto sind wir in der Schweiz alle schlechter geworden.»

Niemand ist verantwortlich

Was Wolter besonders kritisiert: dass das zu wenig interessiere. «Die Schweiz hat eine Aversion gegen das Testen.» Das sei für viele ein Vorteil, weil man behaupten könne, was man wolle. «Es gibt bei uns Reformen, die gross angekündigt und mit schönen Worten beschrieben werden – aber nie wird die Abmachung getroffen, welches Ziel damit eigentlich erreicht werden soll, und noch viel wichtiger: wie man die Zielsetzung einmal auch überprüfen will.» So könnten sich alle aus der Verantwortung stehlen.



Man kann sich die Fragen stellen, was die Errungenschaften der integrativen Schule sind und wo zusätzliche Probleme entstanden sind. Gibt es wirklich einen Fortschritt (und bessere Kenntnisse), wenn Kinder ab der dritten Klasse in Französisch unterrichtet werden?

Dass die Probleme, die die Reformen mit sich gebracht haben, nun wieder diskutiert werden und mit Blick auf geplante Änderungen eine wichtige Rolle spielen, zeigt sich zunächst im Kleinen. Ende Februar hat der Bund angekündigt, dass er in der Berufsbildung nun doch an der (schriftlichen) Abschlussprüfung festhalten wolle. Die Idee, nur noch auf Erfahrungsnoten und eine Abschlussarbeit zu setzen, wurde verworfen. Nun soll zum Ende der Ausbildung weiterhin Wissen abgefragt werden. Die Kantone können neu zwischen einer schriftlichen und einer mündlichen Prüfung wählen.

Die Berufsbildung ist in der Schweiz immer noch ein Königsweg: Zwei Drittel aller Jugendlichen machen nach der Schule eine Lehre. Ein weltweit bewundertes System. Daran hätte sich kaum etwas geändert, selbst wenn der Bund an seiner Idee festgehalten und die Abschlussprüfung abgeschafft hätte. Dafür ist die Wirtschaft zu sehr in die Berufsbildung involviert. Der politische Zweifel am Plan war in der Rückbesinnung wohl eher eine Kompensation für frühere Versäumnisse: Zu lange wurde zugeschaut, obschon sich Reformen nicht so ausgewirkt hatten wie erhofft.

Das hat sich geändert. Besonders im Fokus steht das grösste Projekt, die integrative Schule. Anfang März hat sich der Zürcher Kantonsrat für eine Abkehr von ebendieser ausgesprochen. Nicht nur die SVP und die FDP waren dafür, sondern auch die GLP. Christoph Ziegler, grünliberaler Parlamentarier und Lehrer, sagte der NZZ: «Als Sekundarlehrer muss ich einfach sagen: Das System funktioniert so nicht mehr.» Dass nicht nur bürgerliche Parteien diese Kehrtwende vollziehen, ist neu. Auch darum werden der im letzten Jahr eingereichten Förderklasseninitiative intakte Chancen eingeräumt. Das Anliegen fordert die Rückkehr zum separativen Unterricht.

Neue politische Bündnisse

Die gleiche Forderung hätte wohl auch in Basel-Stadt eine Mehrheit erlangt. Die Regierung machte deswegen einen Gegenvorschlag, der Förderklassen ermöglicht, wo sie nötig sind. Ab kommendem Schuljahr sollen die ersten separativen Klassen wieder eingeführt werden. Das kann nicht überraschen. Eine Umfrage mit knapp 800 Lehrern hatte zuvor ergeben, dass 90 Prozent der Meinung sind, «dass die integrative Schule, wie sie heute durchgeführt wird, überdacht und korrigiert werden muss».

Über die Zukunftsfähigkeit dieses Konzepts wird auch in anderen Kantonen neuerdings lebhaft diskutiert. Auch der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid sagte kürzlich in der NZZ: «Das integrative Schulmodell ist in der aktuellen Form gescheitert. Die integrative Schule verliert ihren Sinn, wenn das Niveau und die Qualität der Regelklasse wegen der Integration sinken.»

Das mag noch wenig erstaunen, gehört Schmid doch der SVP an, die schon immer gegen die integrative Schule war. Aber die Volkspartei ist nicht mehr allein. In Luzern stellte auch die kantonale SP kritische Fragen – und verlangte von der Regierung, dass das System überprüft werden sollte. Und auch im Kanton Aargau wächst der Widerstand. Dort ist es die kantonale FDP, die wieder mehr auf Separation setzen möchte.

Musterbeispiel FDP

Der Freisinn ist ohnehin das Musterbeispiel für das veränderte Klima in Bildungsfragen. Lange nicht im Fokus, legt die Partei unter Präsident Thierry Burkart einen Schwerpunkt auf dieses Thema. Burkart machte es zur Chefsache. Er war es, der in einer vorher ungekannten Klarheit sagte, dass die integrative Schule gescheitert sei. Dabei lässt es die FDP nicht bewenden. Sie wählt in der offiziellen Kommunikation markige Worte: Die Volksschule sei «demontiert», man müsse sie «retten» vor linken Bürokraten und Politikern, die sie mit «konsequenter Aushöhlung der Grundkompetenzen» an den Anschlag gebracht hätten.

Das gilt nicht nur für die integrative Schule, sondern beispielsweise auch für Fremdsprachen ab der dritten Klasse, die die FDP ebenfalls beerdigen will. Anders als bei der inklusiven Schule ist die



Kritik am Frühfranzösisch und dem Frühenglisch so alt wie die Idee selbst. Es gibt Kantone, die Frühfranzösisch gar nie eingeführt haben (Uri, Appenzell Innerrhoden), es wird dort erst in der Sekundarstufe unterrichtet. Andere beginnen zuerst mit Englisch und erst ab der fünften Klasse mit Französisch.

Neuerdings gibt es allerdings in mehreren Kantonen die Absicht, dass das Frühfranzösisch ganz gekippt und in die Oberstufe verlagert werden soll. Es handelt sich nicht mehr um chancenlose Vorstösse, sondern um mehrheitsfähige Allianzen – zum Beispiel in Zürich, Bern, Luzern, St. Gallen, Graubünden, Thurgau und Basel-Stadt.

Viele Lehrer wollen nicht mehr jedes Experiment mitmachen – und sie haben nun in der Politik auch wieder Mitstreiter gefunden, die die Missstände angehen wollen. Noch sind das keine fixen Mehrheiten. Am Anfang jeder Veränderung steht die Einsicht. Und die heisst: Ein Viertel der 15-Jährigen kann nicht richtig lesen, schreiben, rechnen. Obschon der Personalbedarf pro Schüler laut Bundesamt für Statistik knapp 15000 Franken im Schnitt betrug – 50 Prozent mehr als am Anfang dieses Jahrtausends.

Die Gymiprüfung ist viel besser als ihr Ruf

NZZ, 21. März 2025, Meinung & Debatte, Robin Schwarzenbach

Dieser Tage erfahren Tausende Kinder und Jugendliche, ob sie den Sprung an eine Zürcher Mittelschule geschafft haben. Viele werden enttäuscht sein. Egalitäre Kritik an dem Leistungstest

Können Sie geschickt rechnen? Dann wissen Sie bestimmt, wie Sie den Aufwand bei dieser Aufgabe stark verringern können:

$$(6,2 \times 2024) + (4,2 \times 1107) - (3,1 \times 4048) = ?$$

Oder wie wäre es damit: «Die Pfeiler stachen regelrecht in den Himmel.» Ist «regelrecht» ein Nomen, ein Verb, ein Adjektiv oder nichts davon?

Und wenn Sie noch nicht genug haben, können Sie eine Geschichte schreiben, die mit diesem Satz endet: «Das Gespräch hatte mich grosse Überwindung gekostet, aber danach fühlte ich mich erleichtert.» Erzählen Sie im Präteritum und in der Ich-Form. Sie haben eine Stunde Zeit dafür.

Die Aufgaben stammen aus der Aufnahmeprüfung fürs Zürcher Langzeitgymnasium vom März 2024. Mathematik, Deutsch, Aufsatz: Das ist Primarschulstoff. Da müssen Sechstklässler durch, wenn sie den Sprung ins Gymnasium schaffen wollen. Und das ist gut so. Die Gymiprüfung ist ein Test für die besten Schülerinnen und Schüler des Kantons. Sie müssen solche Aufgaben beherrschen. Sie müssen mit der Prüfungssituation zurechtkommen. Und sie sollten die drei Teilprüfungen sorgfältig angehen – und die Zeit trotzdem im Blick haben. Wenn sie das alles schaffen, sind sie reif fürs Gymnasium. Neun von zehn erfolgreichen Prüfungskandidaten schaffen danach auch die Probezeit.

Viele Unwahrheiten

Die Aufnahmeprüfung ist nicht perfekt. Aber sie ist die beste der bestehenden Varianten: hart, aber aussagekräftig. Leistung und effizientes Arbeiten werden belohnt. Auch wenn Lehrerinnen, Eltern, Minderheitenvertreter und Journalisten die Prüfung jedes Jahr aufs Neue als «willkürlich» kritisieren. Die Gegner der Gymiprüfung würden sie am liebsten durch ein anderes System ersetzen. Kürzlich beglückte Philippe Wampfler das Publikum wieder einmal mit seinen Ideen. In einem Interview mit den Tamedia-Zeitungen schwadronierte der umtriebige Lehrer und Universitätsdozent für Fachdidaktik Deutsch von einer neuen «kompetenzbasierten Prüfung», die «nicht nur» Sprache, sondern logisches Denken und «Problemlösungskompetenzen» testen würde.



Mit Verlaub: Logisch denken und Probleme lösen müssen die Kandidaten heute schon. Empfehlungen durch die Lehrerschaft statt einer Prüfung wie im Kanton Aargau wären nicht besser. Sie würden den vielbeklagten Druck nur verlagern: von den Schülern auf die Lehrerinnen und Lehrer, die ihrerseits von Eltern unter Druck gesetzt würden, die ihre Kinder unbedingt ins Gymnasium bringen wollen. Da ist das Zürcher Aufnahmeverfahren viel ehrlicher: Die Kinder haben es selber in der Hand – am Prüfungstag und mit den Vornoten, die sie aus der Primarschule mitbringen.

In dieser Debatte werden viele Unwahrheiten herumgeboten. Der Kanton Zürich operiere mit klandestinen Tricks, um die Zahl der Gymnasiasten künstlich tief zu halten. Das Ergebnis – wie viele Kandidaten bestehen – stehe schon vor der Korrektur fest. Philippe Wampfler erzählt diese Räubergeschichte ebenfalls. Belege liefert er keine. Richtig ist: Die Lehrer kennen die Vornoten der Schüler nicht, deren Prüfungen sie korrigieren. Es dürfte ihnen schwerfallen, mit ihren Bewertungen einer fixen Quote zuzudienen. Somit gilt die Unschuldsumutung: Die Verantwortlichen tricksen nicht. Die Resultate der Zürcher Aufnahmeprüfung sind vielmehr deshalb derart stabil, weil die Aufgaben jedes Jahr ungefähr gleich schwierig sind und ungefähr gleich streng bewertet werden.

Aber davon lassen sich die Gegner nicht beeindrucken. Die Prüfung sei schwieriger geworden, da der Kanton den «Run aufs Gymnasium» bremsen wolle, behaupten sie immer wieder. Richtig ist: Die Notenskala wurde verschoben, die Anforderungen blieben jedoch unverändert. Daher müssen Prüflinge seit zwei Jahren in der Endabrechnung eine 4,75 oder mehr erreichen statt mindestens eine 4,5 – Resultatkosmetik des Mittelschulamts von Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte).

Ausserdem: Einen «Run aufs Gymnasium» gibt es nicht. Die Zahl der Prüflinge nimmt zwar seit Jahren zu. Aber dieser Anstieg entspricht ziemlich genau dem Bevölkerungswachstum. Die Quote der erfolgreichen Kandidaten ist ebenfalls recht konstant. Rund jeder zweite Kandidat schafft die Prüfung fürs Langzeitgymnasium. 2024 waren es etwas mehr (53 Prozent). Im Aargau (17,8 Prozent) ist die Maturandenquote nicht höher, wie von Wampfler behauptet, sondern tiefer als in Zürich, wo 21,9 Prozent der Jugendlichen Matur machen. Der bevölkerungsreichste Kanton der Schweiz liegt damit nahe am nationalen Mittel (22,9 Prozent).

Dennoch ist die Gymiprüfung ein Dauerbrenner. Halbwahrheiten werden zu unverrückbaren Tatsachen erhoben, weil sie einem egalitären Weltbild entsprechen und etwas zementieren, was in diesen Kreisen ohnehin feststeht: Die Prüfung sei «unfair», weil sie jene Familien bevorzuge, die ihren Kinder teure Vorbereitungskurse finanzieren könnten.

Ein Blick auf die Karte des Kantons scheint diesen Befund zu bestätigen. Im wohlhabenden Bezirk Meilen am rechten Zürichseeufer wechseln über 20 Prozent der Primarschüler ins Langzeitgymnasium, so viele wie nirgendwo sonst in Zürich. Viele dieser Kinder besuchen tatsächlich einen privaten Vorbereitungskurs. Man kann sie und ihre Eltern verstehen. Wer will schon abseitsstehen, wenn alle anderen Kandidaten der Klasse neben den Standard-Übungsstunden der Primarschule ein solches Extra-Training absolvieren?

Überlastete Volksschule

Schule ist Glückssache. Die einen Lehrer lassen ihre Klassen Aufsätze schreiben, die anderen nicht (obwohl sie gemäss Lehrplan 21 eigentlich dazu verpflichtet wären). Die einen korrigieren die Texte genau und besprechen sie mit ihren Schülern, die anderen nicht. In der einen Gemeinde kann die schulinterne Prüfungsvorbereitung das alles auffangen, in der anderen nicht. Das spricht allerdings nicht gegen die Gymiprüfung. Hier kommt vielmehr die Überlastung der Volksschule zum Ausdruck, die sich um alles Mögliche zu kümmern hat: Störenfriede müssen ruhiggestellt, lernschwache Schüler müssen unterstützt, die Klasse muss irgendwie zusammengehalten werden. Zeit zum Texteschreiben (und -korrigieren) bleibt da kaum.

Die Volksschule ist längst nicht mehr für alle da. Gute Schüler gehen unter, da das System auf die weniger guten und auf Problemfälle ausgerichtet ist. Das ist eine Fehlentwicklung, die viel zu selten zur Sprache kommt. Es ist nachvollziehbar, dass Eltern nervös werden, wenn ihre Kinder nie einen Aufsatz schreiben in der Schule – und an der Aufnahmeprüfung fürs Gymnasium dann aber eine



runde Geschichte oder einen Bericht wie für eine Zeitung abliefern sollen. Was bleibt ihnen anderes übrig, als mit ihren Kindern selber zu üben – oder einen Aufsatzkurs zu buchen?

Allein, diese Anbieter werben zum Teil mit absurden Angeboten um Kundschaft. Diesen Samstag startet ein Kurs an bester Lage am Bellevue in Zürich: zweieinhalb Stunden Deutsch und Mathematik jede Woche, plus dreissig bis sechzig Minuten Hausaufgaben pro Fach, in Kleingruppen von 5 bis 7 Kindern – für die Aufnahmeprüfung im März 2026! Das ganze Programm bis Anfang Februar kostet knapp 5000 Franken. Der Kurs ist ausgebucht. Über solche Auswüchse kann man nur den Kopf schütteln. Eltern, die ihr Kind ein Jahr lang in einen Prüfungsvorbereitungskurs schicken, haben das Grundprinzip der gymnasialen Bildung nicht verstanden: Gymnasiasten gehen gerne zur Schule. Sie lernen gern, sie wissen viel, sie wollen Neues erfahren über die Welt. Sie wollen mit anderen guten Schülern zusammen sein, weil sie das Beste aus ihren Möglichkeiten machen wollen.

Aber das muss von innen kommen. Das lässt sich nicht trainieren. Schon gar nicht in einem Kurs am Wochenende, den Elf- oder Zwölfjährige ein ganzes Jahr lang besuchen müssen, weil ihnen die Eltern die Gymiprüfung sonst nicht zutrauen. Oder weil ein anderer Weg nach der Primarschule in diesen Schichten gar erst nicht infrage kommt – obwohl die Kinder vielleicht gar nicht ins Gymnasium wollen. Das wäre noch schlimmer. Private Prüfungskurse bringen keine Gymnasiasten hervor. Geld macht nicht intelligent. Es macht auch nicht wissbegierig, vermittelt keine Freude am Nachdenken oder am Lernen. Geld hilft nicht, wenn Schülerinnen und Schüler nicht gern rechnen, nicht gern schreiben oder sich nicht gern mit Sprache beschäftigen. Wenn keine dieser Anforderungen erfüllt sind, dürfte es schwer werden. Auch und gerade dann, wenn das Kind die Aufnahmeprüfung bestehen sollte. Sechs Jahre bis zur Matur sind eine lange Zeit. Das sollten sich Eltern genau überlegen, bevor sie einen teuren Kurs buchen.

Natürlich haben Kandidaten aus deutschsprachigen Familien einen Vorteil. Natürlich haben intelligente Migrantenkinder nicht die gleichen Chancen, weil ihnen ihre Eltern oft nicht helfen können beim Lernen. Aber auch das kann man nicht der Gymiprüfung zum Vorwurf machen – zumal es durchaus fremdsprachige Schülerinnen gibt, die den Sprung an die Mittelschule trotzdem schaffen.

Die Aufnahmeprüfung fürs Gymnasium ist kein Wunschkonzert. Hier geht es um die künftige Elite des Landes. Auch wenn man das in der durchschnittsverliebten Schweiz nicht gerne hört. Dieser Tage werden die Resultate bekanntgegeben. Primarschüler freuen sich zu Recht, wenn sie bestanden haben. Sie haben die beste Phase ihrer Schulzeit noch vor sich. Die Gymiprüfung ist ein Erfolgsmodell. Der Kanton Zürich sollte unbedingt daran festhalten.

Mehr Deutsch statt Frühfranzösisch

Wiler Nachrichten, 6. März 2025

Marc Rüdüsüli setzt sich für eine Abschaffung von Französisch in den Thurgauer Primarschulen ein. Die Schule Wängi begrüsst den Vorstoss des Mitte-Kantonsrates ungemein. Schulpräsidentin Stephanie Eberle erläutert, weshalb.

Sirnach/Wängi • In Kantonen wie St. Gallen, Zürich oder Bern ist die Abschaffung von Frühfranzösisch schon seit längerem Thema. Nun bringt Mitte-Kantonsrat Marc Rüdüsüli den Vorstoss auch in den Thurgau. Dabei bezeichnet Rüdüsüli das Frühfranzösisch als «Millionenprojekt mit bescheidenem Erfolg», bei dem Handlungsbedarf besteht. Sein Ziel ist es, Französisch zu stärken, indem das Fach erst ab der Sekundarstufe 1 unterrichtet wird – ressourcenschonend, konzentriert und effizient. Dafür reichte der Sirnacher vor zwei Wochen seine erste Motion zur Abschaffung von Frühfranzösisch an Thurgauer Primarschulen ein und erhielt dabei die Unterstützung einer Mehrheit des Kantonsparlaments.



Mehr Zeit für Deutsch und Mathe

Die WN haben bei der Schule Wängi nachgefragt, welche Folgen die Abschaffung von Frühfranzösisch für Schülerinnen und Schüler im Thurgau hätte. Schulpräsidentin Stephanie Eberle sieht darin eine grosse Chance. Der heutige Fächerkatalog sei bereits sehr dicht und für viele Schülerinnen und Schüler kaum zu bewältigen, ist sich Eberle sicher. «Ein Kratzen an der Oberfläche der zu erreichenden Grundkompetenzen ist die Folge und Kinder, die oftmals überfordert sind», erklärt die Schulpräsidentin. «Ein Wegfall des Frühfranzösisch würde zwei weitere dringend benötigte Lektionen in den Fächern Deutsch und Mathematik ermöglichen und somit eine Stärkung dieser bedeuten.»

Zu viele Sprachen frustrieren

Ein weiteres Problem sieht Eberle in der Belastung durch das frühe Fremdsprachenlernen. Denn auch mit dem Fach Englisch starten die Kinder bereits in der dritten Primar. «In der Praxis zeigt sich, dass es schwierig und wenig sinnvoll ist, so früh gleich zwei Fremdsprachen zu erlernen, wenn nicht einmal die eigene vollständig verstanden wird», sagt sie. Dies führe bei vielen Kindern zu Stress und Frustration – ein Phänomen, das auch an der Schule Wängi zu beobachten sei.

Erfolg bleibt fraglich

Laut Eberle stehen zudem der Aufwand und der Ertrag des Frühfranzösisch in keinem Verhältnis. «Bei den Schwächsten startet der Französischunterricht in der ersten Sek im Niveau G beinahe bei null», stellt sie fest. Viele Schülerinnen und Schüler würden Französisch deshalb bereits in der zweiten Sekundarklasse zugunsten eines Wahlpflichtfaches abwählen. In den letzten Jahren sei dies bei der Mehrheit der Schülerinnen und Schüler in Wängi der Fall gewesen. «Wir sind deshalb der Meinung, dass eine Mehrheit der Primarschülerinnen und -schüler sich über ein Wegfallen des Frühfranzösisch freuen wird», betont Eberle.

Jetzt auch fürs Gymi irrelevant

Bisher hing die Bedeutung des Fachs auch mit den Aufnahmeprüfungen für die Kantonsschule zusammen. «Inzwischen ist Französisch als Prüfungsfach an den Aufnahmeprüfungen fürs Gymnasium aber weggefallen. Nur bei einem Nichtbestehen der Fächer Deutsch und Mathe muss eine mündliche Französischprüfung abgelegt werden. Dadurch wurde dem Fach mehrheitlich die Akzeptanz und Wichtigkeit genommen», erklärt Eberle.

Es droht mehr Unterrichtszeit

Sollte der Kanton Thurgau an den bis zum Ende der Schulzeit zu erreichenden Grundkompetenzen in Französisch festhalten, hätte das auch Konsequenzen für die Sekundarstufe. «Das hätte zur Folge, dass mehr Unterrichtszeit in Französisch investiert werden müsste», gibt Eberle zu bedenken. Woher diese Lektionen ohne grössere Verluste und kostenneutral genommen werden könnten, müsse genau geprüft werden.



Lieber mehr Geschichte und weniger Französisch

NZZ, 12. März 2025, Zürich und Region, Giorgio Scherrer

Gymnasiastinnen und Gymnasiasten äussern sich zur anstehenden Maturareform

Weniger Latein, weniger Sprachen, weniger Geschichte. Dafür mehr Wirtschaft, mehr Informatik und interdisziplinärer Unterricht. Der Kanton Zürich krepelt den Unterricht an den Gymnasien um, als Teil einer nationalen Mega-Reform, der ersten seit rund dreissig Jahren. Doch fragt man eine Gruppe Maturandinnen und Maturanden – zwischen 17 und 19, ein halbes Jahr vor dem Abschluss – nach ihrer Meinung zu diesem bildungspolitischen Grossprojekt, so heisst es: Maturareform? Noch nie gehört.

Ein Dienstagvormittag im Realgymnasium Rämibühl in Zürich. Rund zwanzig Sechstklässlerinnen und Sechstklässler sitzen im Kreis und debattieren über Bildungspolitik. Sie sind zu vielem gut informiert: den Argumenten für und gegen eine Abschaffung der Gymiprüfung oder der integrativen Schule etwa. Als Teil einer Projektwoche beschäftigen sie sich mit diesen Fragen. Doch nur zwei der Anwesenden wissen um die anstehende Reform ihrer eigenen Schulstufe.

Abbau bei den Sprachen

Mehr Wahlfreiheit solle es damit geben, hat die 18-jährige Noëlle gehört. Und das findet sie gut. «Wenn man den Stundenplan an die eigenen Interessen anpassen kann, ist man besser vorbereitet auf das, was man später studieren will.» Tatsächlich ist das eines der Ziele der Reform: mehr Wahlfreiheit, die Schaffung neuer, auch unorthodoxer Schwerpunktfächer.

Fast wichtiger ist jedoch etwas anderes: Änderungen bei den Grundlagenfächern – jenen also, die alle Gymnasiastinnen und Gymnasiasten belegen müssen. Dort zeichnet sich in Zürich ein Abbau bei den Sprachen und der Geschichte ab, zugunsten neuer Fächer wie Wirtschaft oder der jüngst flächendeckend eingeführten Informatik, aber auch der seit Jahren verstärkt geförderten Naturwissenschaften.

«Weniger Geschichtsunterricht finde ich schwierig», sagt dazu die 18-jährige Eleana. In keinem anderen Fach lasse sich das Diskutieren, das Verstehen von politischen Zusammenhängen so gut erlernen. Fehlendes Geschichtsbewusstsein sei eine Gefahr für die Demokratie. «Das zu schwächen für etwas mehr Wirtschaft und Informatik, finde ich falsch.» Dass sie mehr statt weniger Geschichte wollen: Darin sind sich die Maturandinnen und Maturanden einig. Allerdings üben sie auch Kritik daran, wie das Fach unterrichtet wird.

«Es müssten mehr aktuelle politische Themen besprochen werden», sagt Luis, 17. «Jetzt bleibt man in der Hälfte des Zweiten Weltkriegs stehen, ausser man belegt das Fach im letzten Jahr freiwillig weiter.» Auf bis zu 1,75 Wochenlektionen könnte der Geschichtsunterricht mit der Reform schrumpfen. Doch wenn nicht dieses Fach bluten soll, wo soll man dann Stunden einsparen? Jedenfalls nicht bei den neuen Grundlagenfächern Wirtschaft und Informatik, finden besonders die jungen Männer in der Gruppe. Einige schlagen gar die Einführung eines Fachs «künstliche Intelligenz» vor.

«Das ist einfach langweilig»

Ein Kürzungsvorschlag kommt schliesslich von einer 18-Jährigen, die das aber auf keinen Fall mit Namen zitiert haben will: Französisch – das könne man doch getrost weglassen. Zustimmunges Nicken in der Runde. «Keinen geraden Satz» könnten sie in der Sprache sagen, klagt ein Schüler. Und das nach fast acht Jahren Unterricht. Also gleich weg damit, findet er.

Hier wird die Maturareform ihn allerdings enttäuschen: Eine zweite Landessprache bleibt Pflicht. Immerhin: Mit Italienisch müssen bald sämtliche Kantonsschulen eine Alternative anbieten. In beiden Fällen werden jedoch die Wochenstunden weniger. Die Sprachfächer sind die grossen Verlierer der anstehenden Reform. Zwischen 2,6 und 2,8 Wochenlektionen sollen für die zweite Landessprache noch verbleiben.



Am härtesten trifft es aber das Latein, das ganz vom Grundlagen- zum Wahlfach degradiert wird – sehr zur Freude der Maturandinnen und Maturanden. Eine tote Sprache sei das, nur für eine Randgruppe interessant, tönt es von allen Seiten. «Viel Nutzen für mein Leben habe ich bisher nicht daraus gezogen», sagt Eleana, selbst im altsprachlichen Profil.

Sonst löst die Schwächung der Sprachen gemischte Reaktionen aus. Tyler, 18, sagt: «Die Hälfte unserer Fächer sind Sprachen. Wir machen überall dasselbe. Literatur, Geschichte, Grammatik. Das ist einfach langweilig. Ich würde mir Relevanteres wünschen.» Anders sieht es der gleichaltrige Leon. Er interessiert sich mehr für Naturwissenschaften, finde Sprachfächer aber inhaltlich relevanter. «Etwas über Kommunikation und Vermittlung zu lernen, ist doch wichtiger als Grundwissen über molekulare Prozesse.»

Es ist der Grundkonflikt, der bei jeder Gymi-Reform ausgetragen wird: Soll die Mittelschule eine möglichst breite Grundbildung vermitteln, gerade auch jenseits der individuellen Interessen? Oder soll sie ihre Absolventen vor allem auf ihr künftiges Studium vorbereiten – ihnen also die Möglichkeit geben, verstärkt jene Fächer zu wählen, die ihnen relevant erscheinen? Breite oder Tiefe, humanistische Grundbildung oder Vorbereitung auf die eigene Laufbahn: Zwischen diesen Prinzipien kann sich die aktuelle Reform nicht recht entscheiden.

So soll sie einerseits zusätzliche Grundlagenfächer für alle einführen. Andererseits verspricht sie mehr Wahlfreiheit durch die Schaffung neuer interdisziplinärer Schwerpunkte. Die haben in Zürich luftige Namen wie «Kommunikation und Medien», «Nachhaltige Gesellschaft» oder «Spanischsprachige Welt». Mehrere Fachlehrpersonen sollen sie gemeinsam unterrichten – etwas, das bei Schülern Interesse, bei den Lehrern aber Skepsis hervorruft.

Kritik aus dem Lehrerzimmer

Die erzwungene Zusammenarbeit über die Fachgrenzen hinweg möge für die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten interessant sein, lautet bei einer kurzen Umfrage im Lehrerzimmer der Tenor. Für die Unterrichtenden aber bedeute es – vorsichtig ausgedrückt – eine interpersonelle Herausforderung. Schwammige Konzepte statt klare Fachgrenzen, Konflikte im Kollegium statt genug Zeit für den Unterricht: Das sind die grössten Befürchtungen.

Die Maturandinnen und Maturanden im Schulzimmer müssen sich diese Sorgen derweil nicht machen. Sie werden das Gymnasium in einem halben Jahr verlassen – lange bevor die derzeit diskutierte Reform 2029 in Kraft treten soll. Ihre Hauptsorge ist deshalb eine andere: der Übertritt an die Universität. Dort beklagen sich die Rektorinnen und Rektoren seit Jahren über immer schlechter gerüstete Gymi-Absolventen. Wenn sie das höre, sagt die Maturandin Eleana, frage sie sich schon: «Warum bin ich sechs Jahre hier, wenn ich danach gar nicht auf die Uni vorbereitet bin?»

Die meisten Zürcher Gymnasiasten wählen ein sprachliches Maturprofil

Schwerpunkte der Maturanden, 2023



QUELLE: MITTELSCHUL- UND BERUFSBILDUNGSAMT DES KANTONS ZÜRICH

NZZ / R. Sc.



«Mit ihm stirbt ein spezifisches Stück Literatur»

NZZ, 18. März 2025, Feuilleton

Weggefährten erinnern sich an den Schriftsteller und Freund Peter Bichsel

Beschränkung auf das Wenige

Peter Bichsel und ich sind beide in Olten aufgewachsen, und wir hatten beide, zeitlich etwas versetzt, denselben Primarlehrer, den wir gleichermassen verehrten. Kurt Hasler schrieb sich während seiner Zeit als Lehrer Aufsätze von Schülern und Schülerinnen, die ihm besonders gefielen, in ein Heft ab. Er nannte es «Vorzugsheft», und darin befanden sich unter anderen, als erste Spuren unserer Freude an der Sprache, Aufsätze von Peter Bichsel und von mir. Dieses Heft, das heute leider verschollen ist, konnte ich mir noch anschauen. Peter Bichsels Aufsatz «Murmeltiere!» beschreibt, wie er mit seinem Vater zusammen in den Bergen Murmeltiere beobachtete, und die sorgfältige und sprachlich originelle Schilderung zeigt bereits den Blick des späteren Schriftstellers. Peter Bichsel hat stets betont, dass Kurt Hasler der einzige Lehrer gewesen sei, welcher seine Aufsätze gut fand, und dass ihn das ermutigt habe, an sich selbst zu glauben.

Und Peter Bichsels erste Texte, «Eigentlich möchte Frau Blum den Milchmann kennenlernen», haben mich ihrerseits durch ihre Knappheit und Beschränkung auf das Wenige ermutigt, der kurzen Form zu vertrauen. Wie schade, dass wir uns nicht mehr austauschen können!

Franz Hohler